



Zweck der Stiftung ist es, durch Wissenschaft und Bildung einen friedlichen Beitrag zur Verbreitung und Vertiefung demokratischer Ideen zu leisten.



(Paragraph 2, Absatz 1 der Satzung der Stiftung)

Standpunkt

von RA Dr. Johannes Neyses, Ehrensator der Universität zu Köln

Europa – höchste Zeit für substantielle Reformen

Die Wahlen zum Europäischen Parlament und die kürzlich erfolgte Vorstellung der neuen EU-Kommission haben das Thema Europa, noch stärker als in der Vergangenheit ohnehin schon, in das Blickfeld gerückt, und viele fragen sich, ob die personellen Veränderungen innerhalb der EU-Organe die Chance für einen Neuanfang oder Kurswechsel bedeuten. Ein solcher Kurswechsel wäre sehr zu begrüßen, denn die Europäische Union befindet sich, wie leider zahlreiche Entwicklungen in jüngerer Zeit und auch die anhaltende Finanzkrise belegen, in einer wirtschaftlichen und politischen Krise.

Zur Überwindung der Krise wird von einigen Akteuren und politischen Funktionsträgern vorgeschlagen, die europäischen Interventions- und Kontrollrechte, vornehmlich im Bereich der Kontrolle der nationalen Haushalte der Mitgliedsstaaten, zu stärken, so etwa durch eine europäische Wirtschaftsregierung. Eine solche Fokussierung auf Kompetenzerweiterungen der EU und eine damit einhergehende weitere Zentralisierung wäre meiner Auffassung nach, zumindest zum jetzigen Zeitpunkt, das völlig falsche Signal. Stattdessen wäre es höchste Zeit, substantielle Korrekturen und Erneuerungen auf folgenden Handlungsfeldern in die Wege zu leiten: ich nenne drei Bereiche, die reformbedürftig sind.

- I. **Aufgabenkritik:** von der Überlegung ausgehend, dass die Europäische Integration nur dann gelingen kann, wenn sich die Organe der EU auf solche Aufgaben konzentrieren, die auf der EU-Ebene auch effektiv wahrgenommen werden können, ist dringend eine Aufgabenkritik angesagt, bei der es um die Frage gehen muss, welche Aufgaben zentral und welche dezentral in den Mitgliedsstaaten wahrzunehmen sind. Dazu müsste ein Kriterienkatalog erarbeitet werden, der beispielsweise auf Aspekte wie übergeordnete Bedeutung eines Themas oder Sachnähe vor Ort abstellt und der – anders als geschehen – künftig von vornherein ausschließt, dass für Entwürfe für eine europäische Vorschrift zur Verwendung von Ölkännchen in Restaurants überhaupt Zeit verschwendet wird. Derartige „Grenzüberschreitungen“ oder anders gesagt Eingriffe in das tägliche Leben sind fehl am Platze und für das Zusammenwachsen in Europa völlig irrelevant und kontraproduktiv. Da sich solche Negativbeispiele, die hier gewissermaßen das „Kleinteilige“ betreffen, auch für bedeutendere Regelungsbereiche, wie z.B. wichtige Themen der Fiskal- und Wirtschaftspolitik, anführen ließen, muss generell gefordert werden, innerhalb der EU eine angemessene Neuordnung der Kompetenzen vorzunehmen, eine Neuordnung, die der enghemigten Ausbreitung der nationalen Rechtsordnungen durch europäische Vorgaben entgegenwirkt und die zugleich dem Subsidiaritätsprinzip, das in der EU eigentlich Geltungskraft besitzt, endlich zum Erfolg verhilft.
- II. **Der zweite Bereich** betrifft die Respektierung föderaler und dezentraler Strukturen sowie die Respektierung souveräner Staatlichkeit und ihrer Eigenart. Auch daran mangelt es erkennbar. Deshalb halte ich es für notwendig, dass auch hier ein grundlegender Kurswechsel erfolgt und sich die EU- Politik der vielfältigen Möglichkeiten und Chancen bewusst wird, die durch Mitwirkungs- und Gestaltungsmöglichkeiten demokratisch legitimierter Organe auf regionaler und kommunaler Ebene in den Mitgliedsstaaten bestehen. Eine solche Politik trüge auch dem entscheidenden Gesichtspunkt Rechnung, dass es in Europa nun einmal über Jahrhunderte hinweg historisch gewachsene Staats- und Identitätsbildungen, historisch gewachsene Rechts- und Wirtschaftskulturen gibt, deren Vielfalt und großartigen Erfahrungsschatz man sich im Interesse der Gemeinschaft zu Nutze machen und die man nicht in den Wind schlagen sollte. Der Wirtschaftshistoriker Werner Abelshausen hat es in der Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften auf den Punkt gebracht, wenn er sagt: „Was die EU braucht, sind Regeln und Strategien, die Einheit in der Vielfalt zulassen“.
- III. **Der dritte Bereich** betrifft die stärkere Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger an politischen Entscheidungen. Wie sich schon vor Jahren, nach dem negativen Ausgang der Referenden in Frankreich und den Niederlanden über die EU-Verfassung, aber auch in jüngster Zeit bei den Versuchen zur Bewältigung der Finanzkrise in Europa gezeigt hat, sind die Bürger immer weniger bereit, Entscheidungen der politischen Funktionsträger zu akzeptieren, wenn sie auf die Geschichte ihres Landes oder die Entwicklung ihres Lebensbereiches keinen oder nur noch unzureichenden Einfluss ausüben können. So führt das Gefühl des Bürgers, fremdgesteuert zu werden, zu einem nachhaltigen Akzeptanz- und Vertrauensverlust der demokratischen Ordnung. Deshalb halte ich es für dringend geboten, ein Konzept zu entwickeln, mit dem die bestehenden Strukturen spürbar durch plebiszitäre Elemente ergänzt werden. Das in Bayern initiierte Volksbegehren zum Rauchverbot war im nationalen Bereich ein hervorragendes Beispiel dafür, wie eine stärkere Partizipation der Bürgerinnen und Bürger mit Leben erfüllt werden kann; ein Beispiel vor allem auch dafür - und das ist das Entscheidende - dass plebiszitäre Elemente die Akzeptanz erhöhen und das demokratische System festigen. In diesem Sinne ist der EU dringend anzuraten, die bestehenden Strukturen und Verfahren eingehend auf eine stärkere Bürgerbeteiligung hin zu untersuchen. Ich bin davon überzeugt, dass eine solche Kurskorrektur ohne Beeinträchtigung der Funktionsfähigkeit möglich wäre.

Fazit:

Der „Pfusch am Bau“ in Europa, wie Christian Koch es anschaulich formuliert hat, muss dringend beendet werden. Gefragt sind Einsichtsvermögen, Kreativität, Kompetenz und mehr demokratische Teilhabe. Nur so kann der europäischen Integration und ihrer herausragenden Bedeutung für Frieden, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit angemessen Rechnung getragen werden.

Was war?

Demokratie Diskutiert

Am 28. April 2014 fand die zweite Veranstaltung der Veranstaltungsreihe „Demokratie-Diskutiert“ statt. Zu dem Thema „Überwachung durch Sicherheitsbehörden - Schutz oder Aushöhlung der Demokratie“ diskutierten Herr Wolfgang Albers, Polizeipräsident in Köln, und Herr Peter Pauls, Chefredakteur des Kölner Stadtanzeigers. Die Diskussion stieß auf eine sehr positive und rege Resonanz bei den Studierenden, Wissenschaftlern und Gästen.



Stiftungspreis 2013

Am 10. November 2014 fand die Vergabe des Stiftungspreises 2013 statt. Der Preis wurde an Herrn Dr. Sebastian Kolbe, Ludwig Maximilian Universität München, für seine Habilitationsschrift „Mitbestimmung und Demokratieprinzip“ verliehen.

Demokratie-Camp 2014

Das zweite Camp der Demokratie-Stiftung fand vom 28. Juni bis 01. August 2014 an der Universität zu Köln statt. Mit dem Thema „Demokratisches Europa – Defizite und Lösungsansätze“ beschäftigten sich Studierende aus Deutschland, Polen, Schweden und der Schweiz und entwickelten ihre eigenen Lösungsansätze. Wichtige Impulse gaben namhafte Dozenten, darunter der frühere Präsident des Europäischen Parlaments, Herr Klaus Hänsch. Die Abschlusspräsentation bildete die Simulation eines ordentlichen Änderungsverfahrens des Europäischen Rats, bei der es aufgrund verschiedener Perspektiven und Argumentationen zu einer lebhaften Diskussion kam. Die Studierenden erweiterten ihre fachlichen Kompetenzen in den jeweiligen Gebieten und entwickelten soziale Kompetenzen durch Austausch mit und Kontakt zu Studierenden aus dem Ausland.



Wer wir sind und was wir wollen?

Die Demokratiestiftung der Universität zu Köln ist eine nichtrechtsfähige Stiftung mit Sitz in Köln. Träger der Stiftung ist die Universität zu Köln als selbständige Körperschaft des öffentlichen Rechts. Die Stiftung hat es sich zur Aufgabe gemacht, einen friedlichen Beitrag zur Verbreitung und Vertiefung demokratischer Ideen zu leisten.

Als wissenschaftliche Grundlage dient das von ihr entwickelte Stiftungskonzept, das im Einzelnen auf der Homepage unter www.demokratie-stiftung-koeln.de/stiftung/stiftungskonzept/ einzusehen ist.

Vor diesem Hintergrund setzt sich die Demokratie-Stiftung zum Ziel, die Idee der Demokratie in einem globalen Kontext zu fördern. Sie tut dies, indem sie mit verschiedenen Projekten vor allem Wissenschaft und Bildung unterstützt. Ziel ist eine verstärkte Information und Kommunikation über die mit der Demokratie als politischer Organisationsform verbundenen Chancen und Herausforderungen.

Die Universität zu Köln finden Sie auch hier:



Impressum:

Demokratie-Stiftung der Universität zu Köln | Albertus-Magnus-Platz | 50923 Köln

Tel.: 0221/ 470-5644 | E-Mail: demokratie-stiftung@uni-koeln.de | Internet: <http://www.demokratie-stiftung-koeln.de>

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. Bernhard Kempen

Programmierung und Design: Jan Swoboda, Abt. 82, Marketing - Universität zu Köln